



**bvaa** Oranienstraße 25 10999 Berlin



**berliner verband für  
arbeit und ausbildung**

Oranienstraße 25  
10999 Berlin  
Tel 6165453-0  
Fax 6165453-40  
info@bvaa-online.de  
www.bvaa-online.de

Geschäftsführer  
Michael Haberkorn

An die Mitglieder der Ausschüsse für  
**Bildung, Jugend und Familie**  
und  
**Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales**  
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Berlin, den 21.9.2009

## **Fehlende Ausbildungsplätze in der Jugendberufshilfe**

### **Gemeinsamer Brief des *bvaa* und des *Paritätischen Berlin* zur prekären Ausbildungssituation für Jugendliche mit Jugendhilfebedarf**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anlässlich der Haushaltsberatungen (auch) über die Bedarfs- und Planungszahlen für die Ausbildung (siehe rote Nr. 1103 B) müssen wir Sie auf das Ausbildungsproblem für Jugendliche mit Jugendhilfebedarf hinweisen.

Hier klaffen seit Jahren Angebot und Nachfrage auseinander. Eine bezirksübergreifende bedarfsgerechte Lösung ist leider immer noch nicht in Sicht.

In der Fachöffentlichkeit gilt ein Mindestbedarf an ca. 1.000 Ausbildungsplätzen als realistisch. Grundlage für diese Annahme sind die Bewilligungszahlen der Jahre 2000 - 2002 (siehe Anlage) - seit dem gingen die Bewilligungszahlen zurück, obwohl die Problemlagen eher zugenommen haben.

Der **bvaa** und der **PARITÄTISCHE Berlin** fordern Sie deshalb auf, gemeinsam nach bedarfsgerechten Lösungen für ausbildungswillige Jugendliche mit Jugendhilfebedarf zu suchen.

#### **Zum aktuellen Sachverhalt selbst:**

Die Ausbildungsstatistik Jugendberufshilfe 2008 bildet zwei Ausbildungsvarianten ab:

1. ausschließlich durch die Jugendhilfe finanzierte Ausbildungen und
2. Ausbildungen, die gemeinsam von Jobcentern und Jugendämtern finanziert werden. Dabei übernehmen die Jugendämter in der Regel die sozialpädagogischen Personalkosten.

Zu 1.: In einigen Bezirken sind seit dem Jahr 2000 teilweise hohe Rückgänge an Ausbildungsfinanzierungen zu verzeichnen, die auch nicht durch Ausbildungskooperationen mit den Jobcentern kompensiert werden.

Zu 2.: Die Ausbildungskooperationen finden bisher lediglich in drei Bezirken statt; sie stellen inzwischen mit 375 finanzierten Plätzen mehr Plätze zur Verfügung als die Jugendhilfe in allen 12 Bezirken (295). Stabile Versorgungsgrößen stellen sie aber auch nicht dar.

Stimmen unsere Informationen, wird die Kooperation in Marzahn-Hellersdorf in diesem Jahr nicht weiter geführt, so dass dann nur noch Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg kooperieren. Auch in Neukölln soll es 2010 zu einer krassen Reduzierung der Mittel in der Jugendberufshilfe kommen.

### **Unsoziales Versorgungsgefälle**

Allein die zahlenmäßigen Unterschiede an Ausbildungsangeboten in vergleichbaren Bezirken mit hohem sozialen Problempotential zeigen die Beliebigkeit oder auch Willkür des Leistungsspektrums der Berliner Jugendberufshilfe auf.

Trotz mindestens ebenso hoher Problemdichte finanzieren die Bezirke Mitte und Neukölln über 50% weniger Ausbildung als z.B. Friedrichshain-Kreuzberg oder gar Lichtenberg.

Fachlich sind solche Unterschiede in der Versorgung nicht erklärbar. Demnach müssen wir von einer erheblichen Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen in einigen Bezirken ausgehen.

Wir wollen nicht akzeptieren, dass der Wohnbezirk eines Jugendlichen darüber entscheidet, ob er durch die Jugendhilfe angemessen gefördert wird oder nicht, und Jugendberufshilfe als eigenständiger gesetzlicher Hilfeansatz in der Jugendhilfe ignoriert wird.

### **Landesverantwortung**

Die Landespolitik reagiert auf dieses Problem mit Empfehlungen und geringen finanziellen Anreizen (z.B. bei Ausbildungskooperationen) an die Bezirke, verweist letztlich aber immer nur auf die Zuständigkeit der Bezirke für die Umsetzung des KJHG.

Sie sieht ihre eigene Zuständigkeit mit der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen erfüllt.

Der **PARITÄTISCHE Berlin** und der **bvaa** sehen bei einer derart beliebigen Jugendhilfepolitik in einzelnen Bezirken die Landespolitik als Korrektiv in der Verantwortung. Der Hinweis auf die Zuständigkeit der Bezirke hilft den Jugendlichen nicht weiter.

Wir meinen: wo dezentrale Strukturen offensichtlich versagen, müssen Senat und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus die Aufgabenverteilung Land / Bezirke in vorliegendem Fall neu überdenken mit dem Ziel, notfalls eine zentrale Verantwortung einzuführen.

### **Lösungsvorschläge**

Wir erwarten von einer verantwortungsbewussten Landesregierung ähnliche Planungszahlen für Bedarfe von Ausbildungsplätzen in der Jugendberufshilfe, so wie sie bei **BAE** (Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher durch die BA) oder **MDQM** (Modulare Duale Qualifizierungs-Maßnahme) aufgestellt werden (siehe rote Nr. 1103 B).

Auch wenn Jugendhilfe eine individuelle Hilfe ist, gibt es ausreichend Anhaltspunkte für realistische Bedarfe, so dass eine entsprechende haushalterische Absicherung möglich ist.

Aus unserer Sicht bieten sich verschiedene Möglichkeiten für verbindliche Planungsgrößen zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen in der Jugendberufshilfe an:

- die zweckgebundene Herauslösung der Ausbildungsplatzfinanzierung aus dem bezirklichen Jugendhilfeetat,
- eine zweckgebundene Aufstockung des Berliner Jugendhilfeetats insgesamt,

beide könnten zentral verwaltet oder den Bezirken zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

- das verbindliche Aushandeln von Ausbildungsplatzzahlen in allen Bezirken zwischen Jobcenter und Jugendamt. Zumindest die Jobcenter verfügen bei sorgfältiger Arbeit im U-25-Bereich über aussagekräftige Erkenntnisse von ausbildungsbereiten Jugendlichen mit Jugendhilfebedarf. Im Rahmen der Kooperation müssten dann die Jugendämter lediglich die sozialpädagogischen Aufwendungen finanzieren. Der Zuteilung könnte aus einem zentralen Etat erfolgen.
- Möglich wäre auch eine Kombination der oben genannten Vorschläge; da, wo Jugendämter keine Ausbildungskooperationen abschließen (können) und Bedarfe nicht bedienen (können), springt der Landesetat ein.

### **Fazit**

Sicherlich gehen unsere Vorschläge gehen etwas quer zur mehrheitlich vertretenen Meinung in den Parteien, die Stärkung der Bezirke voran zu bringen.

Es gibt aber gleichzeitig den erklärten politische Willen aller Parteien, allen ausbildungswilligen Berliner Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten.

Im Bereich der Jugendhilfe wird diese Ankündigung seit Jahren nicht eingehalten. Dies sollte zu einer Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken in diesem Versorgungssegment führen.

Welche Lösungsangebote Sie auch immer anbieten - die Jugendlichen werden es Ihnen danken!

**Der Paritätische Berlin** und der **bvaa** stehen Ihnen jederzeit zu einer vertieften Erörterung des geschilderten Problems zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*Michael Haberkorn - bvaa*

*Andreas Schulz - der Paritätische Berlin*